

Bamberger Resolution zur Sozialpolitik 1982

Wir erleben in unserer täglichen Arbeit, dass wir uns immer mehr darauf reduzieren müssen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere ausgelöst, durch hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und sozialen Abstieg, zu verwalten. Hilfe zur Selbsthilfe als Auftrag von Sozialarbeit kann kaum noch verwirklicht werden.

Wir sehen mit großer Sorge die weitere soziale Demontage, die die Klientel der Bewährungshilfe u. a. Bevölkerungsgruppen in die materielle Verelendung führt und uns letztlich Aufgaben zuweist, die mit unseren fachlichen und methodischen Möglichkeiten nicht zu lösen sind. Mit individuellen Strategien und noch so hohem persönlichen Einsatz des einzelnen Bewährungshelfers, ist nur eine mangelhafte, da kurzfristige Hilfestellung zu erreichen.

Wir wollen deshalb die nachfolgend sozial-politischen Forderungen aus unserem sozialen Verantwortungsbewusstsein und gesellschaftlichem Auftrag verstanden wissen. Wir fordern insbesondere, dass das Recht auf Arbeit und soziale Sicherung wieder in den Mittelpunkt der gesellschafts-politischen Aktivitäten rückt.

Wir fordern:

- die kurzfristige Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen,
- eine gerechtere Verteilung der Arbeit,
- die Bereitstellung von ausreichendem und einkommensgerechtem Wohnraum.

Wir fordern die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich. Mit Betroffenheit stellen wir fest, dass sich die meisten Politiker vorrangig mit Fragen der äußeren Sicherheit auseinandersetzen und den sozialen Frieden vernachlässigen.

Leider gehen derzeit die Initiativen zu Lasten der Bevölkerungsgruppen, die sich am wenigsten wehren können und sich bereits im unteren Bereich des Existenzminimums befinden.